

Antrag 162/I/2020

KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Prostitutionsschutzgesetz reformieren

- 1 Die SPD Mitglieder im Deutschen Bundestag werden auf-
2 gefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Prostituierten-
3 schutzgesetz in folgenden Punkten geändert wird:
4 • Die Anmeldepflicht für SexarbeiterInnen zu einer
5 Beratungspflicht umgewandelt wird
6 • Bei der Anmeldung auch weiterhin andere Tätigkei-
7 ten angegeben werden können
8 • Der sogenannte „Hurenpass“ abgeschafft wird
9 • Die Beratungsangebote massiv ausgebaut werden
10 • Ein Plan zur Bekämpfung des Menschenhandels im
11 Zusammenhang mit der Prostitution vorgelegt wird
12 • Dafür soll eine Art runder Tisch mit den verschie-
13 denen Akteuren zum Thema Sexarbeit initiiert wer-
14 den, der einen Aktionsplan entwickelt und finanziell
15 ausreichend ausgestattet wird

16
17

Begründung

18 Seit der Einführung des Prostituiertenschutzgesetzes hat
19 sich einiges verändert. Eine Vielzahl der SexarbeiterInnen
20 fühlen sich durch das Gesetz nicht besser geschützt, son-
21 dern im Gegenteil verfolgt und beobachtet. Kein Beruf
22 wird so stark reglementiert und fremdbestimmt, wie Sex-
23 arbeit. Gerade der Schutzgedanke des Gesetzes, dass so-
24 mit dem Menschenhandel in der Sexarbeit entgegenge-
25 wirkt werden soll, ist lei-der gänzlich fehlgeschlagen. Vie-
26 le SexarbeiterInnen und Bordelle melden sich inzwischen
27 gar nicht mehr offiziell an und fallen somit durch das Re-
28 gister der Gesundheitsämter. Das heißt auch, dass vie-
29 le SexarbeiterInnen in die Illegalität gehen und von den
30 Hilfen und Beratungsangeboten ausgenommen sind. Das
31 Anmeldesystem und die Ausgabe eines Passes stellen da-
32 bei die größte Stigmatisierung dar. Deswegen soll in Zu-
33 kunft nicht in die Einschränkung von Sexarbeit investiert
34 werden, sondern in die Selbstbestimmung von Sexarbei-
35 terInnen mit guten und sicheren Arbeitsplätzen, ausrei-
36 chenden Beratungsangeboten und der Bekämpfung von
37 Menschenhandel gefördert werden.
38

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

- Die SPD Mitglieder im Deutschen Bundestag werden auf-
gefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Prostituierten-
schutzgesetz in folgenden Punkten geändert wird:
• Die Anmeldepflicht für SexarbeiterInnen zu einer
Beratungspflicht umgewandelt wird
• Bei der Anmeldung auch weiterhin andere Tätigkei-
ten angegeben werden können
• Der sogenannte „Hurenpass“ abgeschafft wird
• Die Beratungsangebote massiv ausgebaut werden
• Ein Plan zur Bekämpfung des Menschenhandels im
Zusammenhang mit der Prostitution vorgelegt wird
• Dafür soll eine Art runder Tisch mit den verschie-
denen Akteuren zum Thema Sexarbeit initiiert wer-
den, der einen Aktionsplan entwickelt und finanziell
ausreichend ausgestattet wird